

Der Reichstagsausschuß für Ernährungsfragen.

Im Ausschuß des Reichstags für Ernährungsfragen teilte heute der Vorsitzende Dr. v. Veit mit, daß die Beratungen über den neuen Wirtschaftsplan diese Woche zu Ende geführt werden müßten, da die Frage dringend sei und die Geschäftslage des Hauses dieses erfordere. Nachher sollen dann an Hand der in Vorlage kommenden Denkschrift die übrigen Fragen erörtert werden. — Damit erklärte sich der Ausschuß einverstanden.

Ein Mitglied des Zentrums verlangte, im neuen Wirtschaftsjahr das Hauptaugenmerk auf eine möglichst große Erzeugung von Lebensmitteln zu richten. Wir seien auf uns selbst angewiesen; denn die Verhältnisse auf dem ausländischen Lebensmittelmarkt seien teilweise schlechter als bei uns. Der vorgeschlagene Preiserhöhung für Brotgetreide könne er nur schwer zustimmen. Aber es sei wohl möglich, die Spannung zwischen Mehl- und Brotpreis weiter herabzudrücken und das Brot im gleichen Preis wie bisher zu halten. Die während den Preisänderungen beunruhigten Verbraucher wie Erzeuger. Daher sei eine gewisse Stetigkeit der Preispolitik angezeigt.

Die Braugerste sei höher zu bewerten als gewöhnliche Gerste. Da jetzt ein Teil davon zu Brot verbuden werden sollte, entstünden hier verschiedene Schwierigkeiten, deren Lösung versucht werden müsse. Die Erhöhung des Kartoffelpreises sei unangenehm, aber nötig, um den Kartoffelanbau möglichst zu steigern und die Versorgung zu sichern. Im Hinblick auf den Lebensmittelmarkt sei darauf zu achten, daß die Verfütterung unterbunden und nicht nur das Brotgetreide, sondern auch Gerste und Weizen der menschlichen Ernährung zugeführt würden. Die Tierhaltung müsse da zurücktreten, so unangenehm das auch für Erzeuger und Verbraucher sei. Die Herabsetzung der Viehpreise und Fleischpreise, wie sie die Professoren vorschlugen, solle man im Laufe des Frühjahres vornehmen. Die Spannung zwischen Fleisch- und Viehpreis müsse herabgesetzt und dabei energisch vorgegangen werden. Es handle sich hier um sehr ernste Fragen, bei denen volle Einnütigkeit angezeigt erscheine.

Präsident v. Batocki

schloß sich diesem Wunsche an. Die Verantwortung für das kommende Wirtschaftsjahr sei so groß, daß alle anderen Fragen vor der Ernährungsfrage zurückzutreten hätten. Unter Vorlage einer Tabelle ging Redner auf die finanziellen Wirkungen der voraussichtlichen Preisfestsetzungen für die Landwirtschaft ein.

Ein Fortschrittler wandte sich gegen die öffentliche Bewirtschaftung der ganzen Getreideerzeugung; die Wirtschaft der landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe werde dadurch erschwert. Den Erzeugern bis zu 20 Zentnern solle die Gerste belassen werden. Redner empfahl sodann eingehend den Rapsanbau zur Ölgewinnung und zu Futterzwecken. Die Möllasse solle in größeren Quantitäten den Zuckerrübenbauern überlassen werden. Mit dem Hochschrauben des Zuckerrübenpreises auf 2,50 M. könne er sich nicht befreunden; der Preis sei so schon um 100 v. H. höher als im Frieden.

Präsident v. Batocki bat, die Verhältnisse der Zuckerrübenbauern nicht an einem einzigen Betriebe zu messen. Den Anbau von Delsrüchten möchte auch er empfehlen. Den vorhandenen Transportbeschwerden werde mit allen Mitteln begegnet, darüber werde später noch eingehend zu reden sein. Redner legte eine Tabelle vor über die Preise von Lebensmitteln bei uns und im Ausland. Die Angaben betreffend das Ausland stützen sich allerdings auf nicht immer ganz sichere Mitteilungen.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter verteidigte die öffentliche Bewirtschaftung unserer Lebensmittel; sie müsse die Bedarfsdeckung und nicht den Profit zum Zweck haben. Ein Fehler sei es, die kleinen Erzeuger und Händler wirtschaftlich sichern zu wollen. Das habe auf die Lebensmittel verteuern gewirkt. Zuerst hätte die Erzeugung gemästert werden sollen, dann wäre die Verteilung leichter gewesen. Die Anreizpolitik führe nicht zum Ziele. Daraus müßten die wichtigen Lehren für den neuen Wirtschaftsplan gezogen, einseitliche Grundsätze müßten für die Erzeugung aufgestellt und auch durchgeführt werden.

Ein Redner der Fortschrittspartei glaubte, daß

aus Rumänien

Lebensmittel in ziemlich großen Mengen herangeholt werden könnten. Erfreulich sei, daß der neue Wirtschaftsplan nunmehr nach verständigen Grundsätzen aufgebaut werden solle. Bisher habe man immer übersehen, daß die deutsche Landwirtschaft nicht allein Volk und Vieh ernähren könne. Die starke Förderung der Schweinezucht und die Viehpreistreiber seien falsche Maßnahmen gewesen. Die unrichtige Preisbildung habe das Uebel vergrößert und uns in die jetzige Lage gebracht, sie habe dazu geführt, daß Brotgetreide verfüttert worden sei. Nach den gemachten Vorschlägen werde der Viehstand vermindert und diese Gefahr beseitigt. Das Kriegsernährungsamt müsse mit starker Hand alle ihm sich entgegenstellenden Widerstände zu überwinden suchen. Die Viehhandelsverbände hätten sich ausgewachsen, Erzeuger und Verbraucher litten unter ihrem Geschäftsbetrieb. Ihre Gewinne müßten beschnitten werden.

Präsident v. Batocki besprach eine wertvolle Auffassung über die früheren Vorschriften betreffend den Zuckerrübenbau und die Abnahmebeschränkung für Rüben durch die Zuckerrübenfabriken. Daß Stadtverwaltungen für Rohrüben Preiszuschläge von 500 v. H. zum Händlerpreis „festgesetzt“ hätten, sei nicht richtig. Zuschläge in der Höhe seien zwar genommen, aber dann unterlagert worden. Redner ging dann auf die beklagten Uebertretungen der Bundesratsverordnungen ein und erklärte, es sei wohl kaum zu erwarten, daß sie im vierten Kriegsjahr ganz unterblieben, er hoffe aber auf die verständnisvolle Mitwirkung

aller Beteiligten, der Erzeuger wie der Verbraucher, bei der Durchführung der durch die jetzige Lage möglich gewordenen Maßnahmen. Was die Landeszentralstellen anlange, so seien diese gehalten, den Vorschriften des Kriegsernährungsamtes Rechnung zu tragen.

Ein Redner der Nationalliberalen anerkannte die Ruhe und Gelassenheit der städtischen Bevölkerung gegenüber den stark einschränkenden Bestimmungen im Ernährungswesen, hat aber die Verhältnisse in der Landwirtschaft so anzusehen, wie sie seien. Das Verfügungsrecht sei dem Landwirt fast völlig unterbunden und seine Arbeit sei groß und schwer. Redner verlangte die Bereitstellung von Saatgut, insbesondere von Kartoffeln, damit der Anbau gesichert werde. Bei der Herabsetzung der Viehpreise solle mit großer Schonung vorgegangen werden, damit eine größere Beunruhigung der Viehzüchter vermieden werde. Gewisse Vorratsspeicher könnten zur Zeit des Notstandes geöffnet und daraus Lebensmittel an die Bevölkerung herausgegeben werden.

Präsident v. Batocki ging auf die Frage der Versorgung mit Saatkartoffeln ein und teilte mit, daß die Kleie von der Futtermühle aufgetauft worden sei; die Kleie werde demnächst herausgegeben werden. Die von dem Borredner erwähnten Vorratsspeicher seien nicht so angefüllt, wie der Borredner anzunehmen scheint, und Zuschüsse seien daraus nicht zu erwarten.

Ein Redner des Zentrums bemerkte: Durch größere Ausmahlung des Getreides könne das Getreide gestreckt und mehr Mehl gewonnen werden; so sei in Bayern der Versuch gelungen, Getreide bis zu 94 v. H. auszumahlen. Auch der Hafer könne stärker ausgemahlen werden. Auf diese Weise könnte die Heeresverwaltung Mehlaufschüsse für die Zivilbevölkerung herauswirtschaften. Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes müßten Erzeugung und Verbrauch gesondert erfaßt werden. Die allzu vielen Änderungen an den Verordnungen und Preisbestimmungen sollten vermieden werden.

Präsident v. Batocki erklärte, er würde es bedauern, wenn durch die vorgegebene Preisgestaltung die gute Qualitäts- und Braugerste verschwinden würde, es müsse aber auf Erzeugung von Massenware aus den wiederholt erörterten Gründen gesehen werden.

Ein konservativer Redner wies die Angriffe auf die Landwirtschaft zurück und betonte, wenn diese nicht ihre Pflicht getan hätte, dann hätte der Krieg einen für uns ungünstigen Ausgang genommen.

Nach kurzer weiterer Erörterung wurde die allgemeine Aussprache geschlossen. Am Mittwoch wird der Ausschuß in die Einzelberatung des Wirtschaftsplanes treten.